

Solidarität

unsere Chance

Nummer 130

Dezember 2016

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Arme Reiche?

Weihnachtsmärchen und Winterwirklichkeit

Wenn es nach Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Manager und Konzern-Bosse geht, finanzieren die Reichen die Armen. Doch die Wirklichkeit ist gerade umgekehrt: Der Reichtum der einen resultiert aus der Armut der anderen.

Die „anderen“, das ist die Masse der Bevölkerung. Das zeigt deutlich die Vermögensverteilung in Österreich. Während 5% der reichsten Haushalte 45% des Bruttovermögens österreichischer Haushalte besitzen, haben umgekehrt 50% der ärmsten Haushalte nur 4% Anteil am Bruttovermögen österreichischer Haushalte. Rund 1,2 Millionen Menschen in Österreich sind armutsgefährdet.



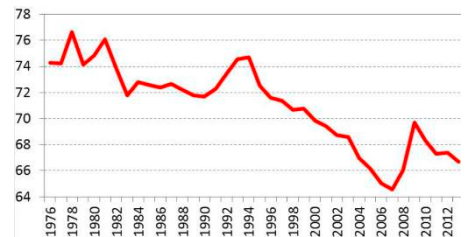
Quelle: AK

Woher kommt der Reichtum? Waren die Reichen so fleißig?

Eine weitere Grafik der AK zeigt, dass die Lohnquote (= Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, zeigt wie das Erwirtschaftete „unselbständiger“ Arbeit und Investoren aufgeteilt wird) zwischen 1978 und 2012 von 77% auf 67% gesunken ist.

Die Gründe dafür sind u.a., dass sich in diesem Zeitraum die verschiedenen Formen der „atypischen Beschäftigung“ (Teilzeit, Geringfügigkeit, Befristung, Leih- und Zeitarbeit, freie Dienstverträge, Werkverträge, Scheinsebständigkeit), vervielfacht haben.

Lohnquote in % des Volkseinkommens



Quelle: AK

Die rund 250 Millionen jährlich geleisteten Überstunden werden immer schlechter oder – ca. 50 Millionen Überstunden davon – gar nicht entlohnt. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit 1998 durch Rationalisierung in der Wirtschaft auf 400.000 bis 500.000 Menschen verdoppelt. Offene Stellen gibt es nur ein Zehntel, also rund 40.000.

Der jüngste Einkommensbericht des Rechnungshofes (RH) und der Statistik Austria vom Dezember 2016 zeigt wie dramatisch die Entwicklung für die unteren Lohn- und Gehaltsbezieher ist: allein seit 1998 bis 2015 sind die Bruttojahreseinkommen der untersten 10% der unselbständig Erwerbstätigen inflationsbereinigt um 35% gesunken sind, während Einkommen und Vermögen der Reichen weiter zunahmen.

Betrug im Jahr 2000 das durchschnittliche Einkommen der Löhne und Pensionen der obersten 10% das fast 11-fache der untersten 10%, machte es 2010 bereits das fast 24-fache aus!

Bei den Arbeitern – nach wie vor mehr als ein Drittel aller unselbständig Beschäftigten in Österreich – betrug der inflationsbereinigte Wert-verlust ihrer Einkommen sogar 46%! (RH, S 36-38). Das heißt ihre Einkommen waren bei gestiegenen

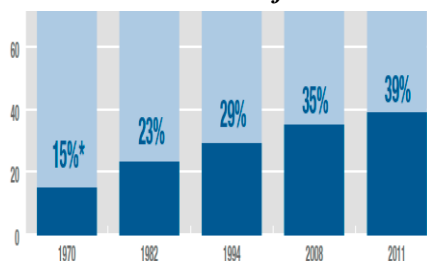
Preisen und Mieten nur mehr etwas mehr als die Hälfte von 1998 wert! Frauen verdienen außerdem noch rund ein Drittel weniger als die Männer!

Armutszeugnis

Was die Industriellenvereinigung in ihrem „Arm-Reich“-Bericht als Umverteilung von oben nach unten verkaufen will, nämlich, dass immer mehr Beschäftigte keine Steuer zahlen und daher von den „Oberen“ ausgehalten werden, entlarvt sich als Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes:

Schon 40% der Arbeitenden bekommen von den Damen und Herren Unternehmern so wenig bezahlt, dass sie sogar unter die Besteuerungsgrenze fallen!

% Lohnsteuerpflichtige, die von der Lohnsteuer befreit sind



Quelle: IV, Statistik Austria

Fleißig sind nicht die Reichen

Fleißig war und ist die Masse der arbeitenden Menschen, die durch Lohn- und Gehaltsraub, Arbeitsdruck, Rationalisierung um die Früchte ihrer Arbeit gebracht oder gar in Arbeitslosigkeit und „Mindestsicherung“ abgedrängt werden – ohne Aussicht auf Besserung wie die „Wirtschaftsforscher“ voraussagen. Klar: Sie „forschen“ nicht für die Menschen, sondern für die Profitwirtschaft. Diese soll um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Deshalb wird die Masse der Menschen, egal ob arbeitend oder arbeitslos, ob Lehrling, Studierender, Pensionist oder Asylsuchender, von Industrie und Politik als „zu teuer für den Staat“ bezeichnet. Doch wer ist „der Staat“? Wir, die überwältigende Mehrheit der Millionen-Bevölkerung, nicht die wenigen Tausend Industriellen und Manager. Für das Wohl dieser Millionen von Menschen hat der

Staat zu sorgen, nicht für die Euro-Millionen und Euro-Milliarden der wenigen Tausend Schwerreichen!

Aber so wird Stimmung gemacht, um unten zu kürzen und von der realen Ausbeutung von oben, der legalen und illegalen Steuerhinterziehung und Steuerverschiebung in unvorstellbarem Ausmaß abzulenken. Dabei ist Österreich mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 36.000 Euro pro Kopf – kaufkraftbereinigt – das wirtschaftlich leistungsfähigste EU-Land nach den Steueroasen Luxemburg, Irland und Holland und noch vor Deutschland!

Davon spürt ab der Normalsterbliche mangels Umverteilung (siehe oben) nichts.

Wo sind die Milliarden?

Zum Beispiel in Steueroasen

Im Frühjahr wurde durch die sogenannten „Panama Papers“ bekannt, dass in Steueroasen weltweit 32.000 Milliarden Dollar liegen. Laut OECD entgehen den EU-Staaten jährlich rund 250 Milliarden Euro an Steuereinnahmen durch legale Steuertricks. Die EU-Kommission schätzt den realen Steuerentgang durch legale und illegale Steuerverschiebungen sogar auf 1.000 Milliarden Euro (1.000.000.000.000) im Jahr.

Und in Österreich?

Je nach Schätzmethode wird ein Steuerentgang von 3 bis 12 Milliarden Euro pro Jahr angenommen. Was macht unser „Obersparmeister“ Finanzminister Schelling dagegen? Arbeitende, Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher, Flüchtlinge oder Pensionisten zur Kasse bitten, die großen Fische aber, schont er. Ansonsten betont Schelling, und die ganze Regierung samt Opposition, dass man nur auf EU-Ebene etwas dagegen unternehmen könne, einem also die Hände gebunden seien. Wirklich?

Erst jüngst hat Österreich – ganz ohne auf die EU „Rücksicht“ zu nehmen – sogar ein Gesetz verabschiedet, dass z.B. eine Informationspflicht von Banken in Lichtenstein über dortige Guthaben an

Österreich verhindert. Staatlich geschützt werden also weiter die Schwerreichen, die dorthin Geld verschieben! Staatlich verfolgt werden weiter und immer mehr die Armen.

Warum eigentlich? Nicht aus Mangel an Geld und Möglichkeiten. Nur zur Profitsicherung! Also, genug der Ausreden!

Es geht auch anders – einige Beispiele:

► Abbau der Arbeitslosigkeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

► Wirkliche Vermögens- und Wertschöpfungsbesteuerung statt Neiddebatte mit Kürzungen bei Bildung, Forschung, Gesundheit, Pensionen, bei Einkommen oder Arbeitslosen.

► Klare Gesetze und deren Durchführung gegen Sozialdumping – nicht nur gegen Ostfirmen – sondern z.B. auch gegen Großfirmen und internationale Konzerne im Falle von Arbeitszeitverletzungen, nicht bezahlter Arbeitszeit, nicht bezahlter Überstunden usw.

► Schließung von Steuerschlupflöchern ohne auf eine EU-weite Regelung zu warten.

► Drohen beanstandeten Firmen mit Abwanderung, dann Entzug der Betriebsberechtigung, Sperrung von Internet und Konten, Rückforderung und Rückführung allfälliger verbilligt oder kostenlos zur Verfügung gestellter Grundstücke und sonstiger Gemeinde-, Landes- oder Bundes-Förderungen.

► Fortführung der Betriebe unter Aufsicht der Gemeinde, des Landes oder des Bundes durch das willige Management bzw. externe einschlägige Fachleute gemeinsam mit Beschäftigtenvertretern und Beschäftigten unter Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Menschen und Schutz vor allfälligen Sabotageakten bzw. Cyberangriffen ehemaliger Betreiber.

► Das Erwirtschaftete muss volkswirtschaftlich dort bleiben wo es von den Beschäftigten erarbeitet worden ist und wo es auch forthin kontrolliert werden kann.

► Das Erwirtschaftete muss nach Zahlung von allgemeinen Steuern, Abgaben und Entgelten wieder eingesetzt werden z.B. in neue oder zusätzliche für die Weiterentwicklung notwendige Betriebsmittel, neues Personal, Aus- und Weiterbildung, Lohn- und Gehaltserhöhungen, Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich, usw.

► Die Reichen, Industrie, Wirtschaftskammer, Manager und Konsorten haben ihre Lobbys bei der Regierung in Österreich und bei



der EU in Brüssel und richten sich die Gesetze für ihre Interessen zurecht

► Die Lobby der arbeitenden Menschen sind sie selbst, wenn sie gemeinsam und solidarisch, gestützt und unterstützt von Betriebsräten

und Gewerkschaften vor Ort – und wenn nicht auch gegen Teile von ihnen, indem sie sich selbst organisieren – für ihre Interessen aktiv werden. So wie es z.B. seinerzeit die Judenburger Arbeiter in der Steiermark gegen SPÖ-Regierungsspitze und ÖGB-Spitze erfolgreich durchgesetzt haben: die Erhaltung ihres Werkes. Dieser Erfolg jährte sich 2016 zum 35. mal.

► Leicht ist es nicht – möglich aber schon. Mehr Menschen als damals, mehr denn je sind heute von einer ähnlichen Entwicklung betroffen.

(Quellen zu den Daten: AK, BMASK, blog.arbeit-wirtschaft.at, OeNB, Uni Linz, Wifo, OECD, Rechnungshof, Statistik Austria, Industriellenvereinigung, EU-Kommission, FSG/AKOÖ, Armutskonferenz, Wiener Zeitung vom 5.4., 11.8., 10.11.2016)

Ergebnis und Folgen der Bundespräsidentenstichwahlwiederholungsverschiebung

74% Wahlbeteiligung – um 2% mehr als bei der ersten Stichwahl im Mai 2016 – fast 54% davon für Van der Bellen. Das war das unerwartete Ergebnis der Wiederholung der Stichwahl nach der Wahlanfechtung durch FP-Hofer, der offensichtlich hoffte, so lange wählen zu lassen, bis das Ergebnis für die FP stimmt. Bezieht man die 25% Nichtwähler mit ein, so haben rund zwei Drittel der wahlberechtigten Österreicher und Österreicherinnen den FP-Kandidaten, die Rechten, nicht gewählt.

Die überwiegende Mehrheit der Van der Bellen-Wähler und Wählerinnen haben diesen Kandidaten nicht wegen seines „Programmes“ (Österreich muss sich noch mehr in die EU integrieren) gewählt, sondern weil sie FP-Hofer verhindern wollten. Sie haben Van der Bellen nicht gewählt, weil er ein so glühender EU-ler ist. Die große Mehrheit der Hofer-Wähler und Wählerinnen haben den FP-Kandidaten nicht gewählt, weil sie dessen rechte Politik wollen,

die dieser Kandidat meistens „samtpfotig“ und „kreideweich“ zu verkaufen sucht. Auch sie wollten den derzeit Regierenden einen Denkmalsstein verpassen, weil sie die Belastungspolitik im Interesse der Reichen und Konzerne auf Kosten der Durchschnittsverdiener und Armen ablehnen.

Doch Hofer und seine Befürworter wollen „ihre“ Wähler für die rechte, menschenfeindliche und vor allem reichenfreundliche Politik vereinnahmen. Und Van der Bellen und seine Befürworter wollen „ihre“ Wähler als Zustimmung zu EU und Neoliberalismus (d.h. alle Freiheit für die Wirtschaft) umdeuten.

Bei beiden geht's um die Interessen der Eliten, nicht um die der „kleinen Leute“. Beides ist Betrug an und Missbrauch der Bevölkerung!

Wir, die Masse der Bevölkerung, haben weder von dem einen, noch vom anderen Programm etwas. Gewinner sind erst recht wieder die Eliten, das Establishment, die Konzerne und Reichen.

180 Millionen Menschen leben in der EU, 1,2 Millionen in Österreich an der Armutsgrenze. Die EU-Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 1.163 Euro für einen Einpersonenhaushalt monatlich (Stand 2015, Quelle: Statistik Austria). Der aktuelle Stand der Mindestsicherung in Österreich beträgt 209,43 Euro für Wohnbedarf und 628,32 Euro für Deckung des notwendigen Lebensbedarfs, in Summe also: 837,75 Euro. Allein beim Wohnbedarf sind z.B. für Niederösterreich die durchschnittlichen Mietkosten mehr als doppelt so hoch und liegen bei 460,10 Euro im Jahr 2015 (Quelle: Mikrozensus, Statistik Austria). Zum Vergleich: Konzern- oder Bankenchefs verdienen rund 1.000.000 Euro im Jahr und mehr, Kanzler oder Bundespräsident ca. 270.000 Euro im Jahr.

Haben wir vorher, oder jetzt nach der Wahl gehört, dass FP-Opposition oder die Regierung sich wirklich dafür einsetzen, dies zu ändern? Nein. Im Gegenteil: Zwei Wochen vor der Wahl haben sich SP-Kanzler Kern und FP-Chef Strache im ORF-

Radio Ö1 „duelliert“. Ergebnis: Kern gestand Strache zu, „auch nur das Land (Österreich) nach vorne bringen zu wollen“. In Wirklichkeit wollen beide nur die Profitquellen der Konzerne und Banken weiter absichern, Kern so Kanzler bleiben, Strache so Kanzler werden.

Die SPÖVP-Regierung will dies durch weiteren Lohn- und Gehaltsabbau, Arbeitszeitverlängerung ohne Personal- und Lohnausgleich, durch Kürzung und Verschärfung bei Arbeitslosengeld oder Mindestsicherung erreichen.

Die FP und Teile der ÖVP wollen natürlich nicht die Löhne und Gehälter anheben, nicht die Armut der Masse der Bevölkerung lindern. Sie wollen durch Hetze gegen Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher, Ausländer, Asylwerber oder Flüchtlinge diesen noch mehr wegnehmen, damit „die Österreicher“ sich mit dem Wenigen und den immer weniger werdenden Arbeitsplätzen, real sinkenden Löhnen und Gehältern und Kürzungen von Sozialleistungen, zufriedengeben.

Damit lenken sie von denen ab, die wirklich verantwortlich sind, dass den Menschen immer weniger zum Leben bleibt: Konzerne, Banken, Eliten, zu denen nicht nur die Regierungsspitzen, sondern auch die FP-Spitzen zählen!

So dienen beide Elite-Fraktionen, Regierung und Opposition, den Interessen des Kapitals und wir sollen glauben, dass wir eine Wahl haben. Das ist ein perfides Spiel auf Kosten der Interessen der Masse der Bevölkerung von dem aber nur die 1% der Reichen und Konzerne profitieren.

Viele atmen klarerweise auf, dass nicht der rechte Scharfmacher in der Hofburg sitzt. Aber das ist nur eine Verschnaufpause. Denn: Weder die Regierung, noch die Opposition weisen die von der Wirtschaft und den Konzernen geforderte und durchgeführte kapitalistische Aus-

beutung zurück, die immer mehr Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei, Sozial- und Demokratieabbau, Aufrüstung von Polizei und Militär bedeutet, geschweige dass sie wirklich etwas dagegen unternehmen. Die Gewerkschaftsspitzen wiederum handeln bestenfalls nur zurückweichend schwach.

Deshalb geben die Rechten nicht auf und hoffen auf spätere Siege. Die SP-Spitzen bilden da keine Abwehrfront, nein, sie biedern sich immer mehr (siehe Kern oben, siehe Droszkowitz Politik) den Rechten an.

Es ist der traurige Verdienst jener SP-Fraktion um SP-Landeshauptmann Hans Niessl, Droszkowitz & Co, dass ihre Anbiederung an die FP im Burgenland zum höchsten Bundesländer-Ergebnis für FP-Hofer führte. Auch in der Steiermark, wo sich SP und VP inhaltlich stark an die FP angenähert haben, nutzte das FP-Hofer. So kann der „Kampf gegen Rechts“ sicher nicht ausschauen! Wenn hier nichts geschieht, gewinnen zuerst die Rechten in Regierung und SP, oder gleich die offenen Rechten von FP & Co.

Was muss geschehen?

Die von der Krise und der zunehmenden Aufrüstungspolitik nach innen und nach außen immer mehr betroffenen und immer größeren Teile der Bevölkerung müssen zusammenfinden und gemeinsam aktiv werden. Wir bieten uns nach unseren Möglichkeiten als Forum und Plattform für Diskussionen und Aktivitäten an und meinen, dass trotz vielerlei Unterschiede die verschiedenen Gruppen, Plattformen und Institutionen zu einem gemeinsamen Handeln finden sollen. Nicht unbedingt in einer zentralen Organisation, sondern in vielfältiger, abgestimmter Form und Inhalt, Organisation und Auftreten.

Erkenntnisse

Es bleibt dabei, was wir als GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen aus den vergangenen Jahrzehnten erkannt haben und uns auch

in großen Gegensatz zu den Gewerkschaftsspitzen brachte und bringt:

Den Rechten, der FP, dem Neoliberalismus, kann man nicht entgegenwirken, indem man z.B. den Neoliberalismus übernimmt und selbst zum Programm erklärt wie Vranitzky, Klima, Gusenbauer, Faymann und jetzt Kern, auch wenn dessen Sprache anders klingt. Damit folgen sie ihren Vorbildern Tony Blair, Gerhard Schröder oder Matteo Renzi, gestehen der ÖVP alles zu, um in der Koalition zu bleiben, oder koalieren wegen des Machterhalts mit der FP.

Wohin das führt, sieht man bei allen drei Genannten, zuletzt geradezu beispielhaft bei Matteo Renzi:

Die italienische Sozialdemokratie hat aus ihrem Parteinamen sogar das Wort „Sozial“ gestrichen, nennt sich nur mehr „Demokratische Partei“. Renzi hat mit dem Rechten Berlusconi paktiert, um Ministerpräsident zu werden und zu bleiben, verordnete er ein neoliberales „Reformprogramm“ und wollte mit der geplanten Änderung der Verfassung autoritärer regieren. Effekt: die offenen Rechten wie Beppe Grillo „5-Sterne-Bewegung“, „Lega Nord“ oder Berlusconi profitierten davon und probierten rund um das Verfassungsreferendum sich als die „Retter der Demokratie“ hinzustellen.

Wenn wir als GewerkschafterInnen, Betriebsräte, Personalvertreter, aktive Menschen, das wirtschaftliche und politische System des Establishments kritisieren, ablehnen und bekämpfen dann deshalb,

▲ weil dieses Wirtschaftssystem mit seinem Politapparat aus „Regierung und Opposition“ mit Demokratie- und Sozialabbau, mit Überwachungsstaat gegenüber der einfachen Bevölkerung und Nicht-Verfolgung rechter Hetzer und Straftaten, Nicht-Verfolgung von Steuerhinterziehung, Nicht-Verfolgung von Spekulations- u. Profitmacherei in Milliarden- und Abermilliardenhöhe, die Lebens- und Ge-

sundheitsgrundlagen der Masse der Bevölkerung zerstört

- ♣ weil dieses Wirtschaftssystem mit seinem Politapparat für die Menschen immer unerträglich, ja immer tödlicher wird – siehe Atom- und Klimakatastrophen, siehe Kriegs- und Flüchtlingselend infolge der Kriege der Konzerne und Großmächte
- ♣ weil die in Medien und Sonntagsreden hochgehaltene Demokratie von den Eliten selbst mit Füßen getreten wird
- ♣ weil die FP-Opposition als Teil des „Systems“ noch mehr vom Schlechten ist. Wer hat die Pensionskürzungen, den Sozialabbau, den Ausverkauf österreichischer Betriebe, der ganzen Verstaatlichten zu verantworten? Schwarz-Blau! Sie machten die Kapitalisten noch fetter, die Bevölkerung noch ärmer, lenkten den Unmut auf Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher, ausländische Arbeitskräfte, Asylwerber usw. Sie kassier(ten) selbst bis zum Umfallen ab, hinterließen das 24-Euro-Milliarden-Grab der Hypo-Alpe-Adria den Steuerzahlen und sind bis heute in riesige Korruptionsprozesse verwickelt
- ♣ weil die SP- und Gewerkschaftsspitzen viele dieser

Belastungen bereits angebahnt und zum Teil selbst schon vorangetrieben haben wie die Zerschlagung der Verstaatlichten

- ♣ weil die SP- und Gewerkschaftsspitzen von all diesen FPÖVP-Belastungen und Ungeheuerlichkeiten nichts zurückgenommen haben und „sozialpartnerschaftlich“ noch weitere Belastungen planen

Die Wähler und Wählerinnen von Van der Bellen und Hofer haben von ihrer sozialen Interessenslage her viel mehr gemeinsam als mit den jeweiligen zur Wahl gestandenen Politikern der Eliten.

Letztlich geht es darum, dass 98-99% der Bevölkerung auf der einen Seite stehen, und 1-2% der Superreichen auf der anderen Seite.

Dieses 1% halst uns mit ihrem Politikerheer, ob in der Regierung oder in der Opposition, die Belastungspolitik auf. Gerade davon soll immer abgelenkt werden!

Es gilt mehr denn je: Lassen wir uns kein X für ein U vormachen.

Zeigen wir ihnen die rote Karte – im wahrsten Sinne des Wortes, im Sinne von Solidarität und gemeinsamen Widerstand.

Unglaublich, aber wahr

Kündigungsgewinnler

Während vom Jänner bis September 2016 der Gewinn der Bank Austria um 74% auf 1,16 Milliarden Euro stieg, sollen Tausende BA-Angestellte gehen. Angestelltenopfer = Bankenprofite.

Lukrative Bauernopfer

Obst- und Weinbauern erlitten wegen des heurigen Frühjahrsfrosts Ernteverluste und bekamen 100 Millionen Euro Entschädigung. Jetzt erhielten zusätzlich 80 Prozent aller Bauern eine Be-

freiung von der Sozialversicherung in Höhe von nochmals 90 Millionen Euro. Die ÖVP-Bauernvertreter jammerten, dass nicht auch noch die restlichen 20 Prozent, die reichsten Bauern, mit dem Geldsegen bedacht wurden. Unverschämt und entlarvend: Welcher Einkommensgruppe der Bauern werden wohl die Raunzer angehören?

Pensionslücke

0,8% plus und einen einmaligen Euro-100er bekommen die PensionistInnen. Zuviel, schreit FM Schelling und will



auf allen Gemeindeämtern und Magistraten!

Gewerkschaften und ÖGB sahen sich aufgrund der berechtigten Ängste und Ablehnung in der Bevölkerung gezwungen, kein Ja zu CETA zu sagen. Doch das passive Nein der Gewerkschaften wird ohne Kampf, ohne Aufruf zu aktivem Protest und Widerstand ohne Folgen bleiben. Das JA der Bundesregierung wird den österreichischen arbeitenden Menschen noch teuer zu stehen kommen. Ruft der ÖGB nicht zu aktivem Widerstand auf, ist er dafür mitverantwortlich. Der ÖGB muss aktiven Widerstand gegen TTIP und CETA organisieren, das Volksbegehren voll propagieren und unterstützen.

Wir rufen zur Unterstützung auf!
Eintragung: 23. Bis 30. 1. 2017

Näheres auf folgenden Links:

<http://www.volksbegehren.jetzt/>
<http://www.volksbegehren.jetzt/index.php/downloads/eintragungswoche>

auch die künftigen Pensionen der Jungen schon jetzt kürzen. Pensionslücke, schreien die Privatversicherer und wollen nach der bisherigen staatlichen Prämie jetzt auch noch eine steuerliche Absetzbarkeit. Die Pensionssücke wird das nicht füllen, sehr wohl aber die Geldsäcke der privaten Versicherungskonzerne. Die AK errechnete, dass man bei Privatrenten über 90 Jahre alt werden müsste, um ohne Verlust auszusteigen. Staatlich gesicherte Profite für wenige statt Sozialstaat für alle, das schmeckt den Konzernen.

US-Trump, EU-Armee, Deutschland und Österreichs Neutralität

Nach Trumps überraschenden Wahl-„Sieg“ (Wahlbeteiligung nur um die 50%, Hillary Clinton 2,8 Millionen Stimmen mehr als Trump) versuchen Europas Großmächte bzw. die EU aus der Not eine Tugend zu machen: Die eigene „Verteidigung“ zu stärken ist nun das Motto.

Schon unter Obama und Clinton (Bill + Hillary) standen die EU und vor allem Deutschland sowohl an der Seite der als auch in immer stärkerer Konkurrenz zu den USA. Siehe USA-Krieg gegen den Irak 1991, gegen Jugoslawien 1999, USA-Krieg gegen Afghanistan und Irak ab 2001/2003, oder 2011 gegen Libyen und seitdem auch gegen Syrien, oder 2014 der US-geleitete Putsch in der Ukraine in Konkurrenz zur EU (die Europabeauftragte des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, sagte damals Anfang Februar 2014: „fuck the EU“).

Militärisch schwach im Vergleich zur USA, machten die EU-Großmächte Großbritannien, zum Teil auch Frankreich und Italien die USA-Politik mit. Das wirtschaftlich starke Deutschland verhielt sich aus NATO-„Bündnistreue“, deutschen Militär- und Wirtschaftsinteressen und aus eigenen Bestrebungen zwiespältig gegenüber der US-Politik, machte aber letztlich mit. Die EU-Staaten verdienten an und zahlten zugleich mit für die US-Kriegspolitik, durch Finanzierung der von den US- und EU-Kriegen provozierten Flüchtlingsströme, durch wirtschaftliche Verluste wegen der US/EU-Sanktionen gegen Russland usw.

Deutschland wiederum spielte sich in der EU als „Zuchtmeister“ gegenüber den anderen, vor allem südeuropäischen EU-Staaten auf. Die Opfer z.B. der griechischen Bevölkerung sind die Profite der v.a. deutschen und französischen Banken und Kapitalisten. Besonders nach dem Brexit, über den die kontinentalen EU-Großmächte-Kapitalisten gar nicht traurig waren,

trachtet das deutsche Kapital danach, die EU noch „deutscher“ zu mache. Deutschland ist ökonomisch die Stärkste Macht der EU, die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und militärisch der weltweit viertgrößte Waffenexporteur Gleichzeitig hat mit dem Brexit auch die Konkurrenz der europäischen Großmacht-Kapitalisten an Schärfe gewonnen, wie z.B. das Vorhaben Großbritanniens zeigt, die Steuern für Konzerne enorm zu senken.

Nachdem Trump nun angekündigt hat, TTIP zu kündigen, den „Partnern“ noch mehr NATO-Kosten umzuhängen und mit Russland kooperieren zu wollen, befürchten die EU-Kapitalisten, beim Profitmachen mit den USA sowie mit Russland von den US-Kapitalisten abgedrängt bzw. ausgebootet zu werden. Eine Schwächung der EU-Kapitalisten insgesamt lässt aber das deutsche Kapital, das (in der EU) immer stärker wird, ausscheren, um eigenständiger und damit noch stärker handeln zu können. „Deutschland muss in der Welt eine größere Bedeutung spielen“, so sagten schon der frühere (Köhler), jetzige (Gauck) und der künftige deutsche Bundespräsident und jetziger Noch-Außenminister (Steinmeier) oder die deutsche Verteidigungsministerin Van der Leyen.

Das lässt bei den übrigen EU-Kapitalisten die Alarmglocken läuten. Deshalb auf einmal der verstärkte Ruf von EU-Chef Juncker nach einer eigenen EU-Armee.

Nach EWG/EG/EU und gemeinsamer Euro-Währung, die Deutschlands Großmachtstreben aufgrund seiner stetig wachsenden ökonomischen und militärischen Potenz in Zaum halten und „einbinden“ sollte, aber nicht konnte – sehen die übrigen EU-Kapitalisten in einer EU-Armee die letzte Chance, Deutschlands Bestrebungen doch noch eindämmen oder zumindest kontrollieren zu können.

Trump's Strategie wiederum (im

Gegensatz zu Clinton) scheint es zu sein, statt Deutschland mittels EU in die US-Eroberungspolitik gegen Russland und China einzubinden bzw. damit unterzuordnen und somit von einer Allianz mit Russland gegen die US-Interessen abzuhalten (siehe Ukraine), die EU zu spalten, Teile der EU gegen Deutschland aufzubringen, Russland hinzuhalten, gegen China vorzugehen und somit letztlich auch Russland zu schwächen – und so insgesamt – so der Plan – die US-Vorherrschaft auf der Welt abzusichern. Von „Isolationismus“ also keine Spur. Vor diesem Hintergrund hat Deutschlands Merkel dem verstärkten Vorhaben Junckers zu einer EU-Armee de facto eine Absage erteilt. Deutschland will lieber seine eigenen Aufrüstungsvorhaben verfolgen. Deutschland sieht nach dem Brexit (nachdem Großbritannien nun noch intensiver mit den USA ökonomisch und militärisch kooperieren will – und umgekehrt) die ökonomische sowie militärische Notwendigkeit und Chance, eigenständiger – wenn auch immer alles noch unter dem „Firmenschild“ der EU oder NATO – aktiv werden zu müssen.

In diesem Zusammenhang ist die – scheint es zunächst – unvermutete klare Absage Österreichs an eine EU-Armee, weil diese Österreichs Neutralität widerspreche, zu verstehen, angefangen von Verteidigungsminister Doskozil, über Kanzler Kern bis zu Außenminister Kurz. Die letzten Jahre, ja bis vor Trumps Wahlsieg, klang das alles noch anders. Da wurde trotz Neutralitätsgesetz auf die aktive Beteiligung Österreichs an z.B. den EU-Battlegroups hingearbeitet, der aggressivste militärisch und ausdrücklich kriegerisch ausgerichtete Teil einer EU-Armee. Jetzt, wo Deutschland die Vorhaben einer EU-Armee bremst, weil es seine eigenen expansiven militärischen Pläne verfolgt, ziehen Österreichs Herrschende (wieder) mit Deutsch-

lands Machthabern mit und wollen dies der österreichischen Bevölkerung als „Neutralitätspolitik“ verkaufen. Allerdings nicht zu laut, denn die österreichische „Diplomatie“ weiß ja selbst nicht genau, wann und welchen Schwenk das deutsche Kapital und sein Berliner Kanzleramt als nächstes machen.

Deutschland kann derzeit Österreich weder außerhalb der EU – daher ist die FP auch nicht mehr offensiv für den Öxit, – noch in einer EU-Armee, sondern nur an „deutscher Seite“ brauchen. Und das erfüllen Österreichs Herrschende, von der Industrie bis zum Kern-Kanzler, von dem Grünen bis zur FP:

► Wirtschaftlich, z.B. AUA an Deutschland verschenkt, Handel in Österreich fest in deutscher Hand, Unterordnung der OMV unter deutsche Energieinteressen mit Russland, usw.

► Politisch, z.B. in der Flüchtlingsproblematik, wo Deutschland de facto vor Österreich mit der „Willkommenskultur“ Schluss machte und Österreich auf Kooperation mit Ungarn drängt.

► Sicherheitspolitisch, indem Österreich als Anhängsel Deutschlands handelt und eben keine eigenständige, echte Neutralitätspolitik verfolgt.

Diese Politik ist brandgefährlich. Denn wie die Ausführungen gezeigt haben sollen, beginnt sich durch die Entwicklungen, durch die Konkurrenz der kapitalistischen Länder, weltweit die Spirale der Aufrüstung und der Wirtschafts-, Handels- und echten Kriege immer schneller zu drehen, ähnlich der Situation vor dem 1. Weltkrieg.

Was Kern, Kurz und Doskozil oder auch wiederum FP-Strache im „Duell“ mit SP-Kern verkaufen ist, mit Neutralitätsgerede direkt gegen die Neutralität gerichtet. Echte Neutralität ist heute mehr denn je notwendig!

Syrien: Anlässlich der Befreiung von Ost-Aleppo

In Syrien findet kein Bürgerkrieg statt!

Seit bald fünf Jahren führen die USA mit ihren Vasallen im arabischen Raum wie Saudi-Arabien, Katar, Türkei und privaten vorwiegend islamischen Söldnertruppen = Terroristen, die mit jährlich Milliarden an Dollar und Waffen finanziert werden, einen ungeheuer brutalen Krieg gegen das syrische Volk mit dem Ziel den Staat zu zerstören und zu teilen, einen Krieg wider jedes Völkerrecht gegen einen souveränen Staat. Weiterhin ist die Mehrheit des syrischen Staatsgebietes von islamischen Söldnertruppen besetzt. *(Fortsetzung nächste Seite)*

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- ☐ Ich will eine Probenummer testen.
- ☐ Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- ☐ Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

130/16

Einsenden an:

Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

Doch die westlichen Medien stellen z.B. die Befreiung Ost-Aleppos durch die Assad Regierung, die syrische Armee und deren russische Unterstützung als Kriegsverbrechen dar, um die Öffentlichkeit für ihre andauernden Kriegspläne zu gewinnen. Dazu eine Gegendarstellung:

Zeitzeugenbericht

der unabhängigen US-Friedensrat-Delegation nach der Rückkehr von ihrer Syrien-Reise, im UN-Hauptquartier, New York, am 14.10.2016.

"Der Westen betreibt massive Propaganda!"

Eine Delegation des US-Friedensrates ist nach Damaskus gereist, um sich ein unverfälschtes Bild von den Hintergründen des Syrien-Kriegs zu machen. Nach ihrer Rückkehr haben die Teilnehmer ihre Ergebnisse im UN-Hauptquartier zu New York vorgetragen. Während ihrer Reise besuchten die Mitglieder der Delegation Staatsbeamte und Vertragsangestellte im Staatsdienst, Vertreter der Handelskammern und der nationalen Studentenorganisation, NGOs, die sich um die Kriegsoffer kümmern, Vertreter der unbewaffneten politischen Opposition, des Gesundheitsministeriums sowie Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften, vor allen Dingen aber auch spontan ausgewählte Zivilisten. Die Mitglieder des Friedensrates sprachen auch mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Rückblickend stellen sie fest, dass der Westen eine massive Propaganda und Verfälschung gemessen an der tatsächlichen Situation in Syrien betreibt.

„Es wurde in den letzten Jahren ziemlich offensichtlich, dass das, was wir von der Presse gelesen und gehört haben, nicht schlüssig sein konnte. Wir sehen hier dieselben Muster wie bei anderen Invasionen, wo jeweils die Führung eines Landes dämonisiert und dies als Rechtfertigung dafür herangezogen wird, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen“, erklärt Alfred Marder, der Präsident des US-Friedensrates.

Delegationsleiter Henry Lowendorf fügte hinzu: „Wir kämpfen gegen eine riesige Propagandamaschinerie, die die syrische Regierung dämonisiert. Ein Muster, das wir hinsichtlich vieler Länder über Jahrzehnte erleben konnten, und das die USA immer wieder benutzen, um die Menschen davon zu überzeugen, dass es aus humanitären Gründen notwendig sei, eine Regierung zu stürzen.“ Er fuhr mit Vorwürfen an die Regierung in Washington fort, wonach die Vereinigten Staaten versuchen, die Syrer auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Religionen gegeneinander aufzubringen. Unter all den Menschen, mit denen man gesprochen habe, hätte es nicht einen einzigen Syrer gegeben, der dies akzeptieren wollte.

Ein maßgebendes Instrument des Krieges seien die vom Westen dirigierte Sanktionen ...

... gegen Syrien, über die in der westlichen Presse allenfalls in verfälschter Form, aber zumeist gar nicht berichtet wird. „Diese Sanktionen bedeuten, dass die syrische Bevölkerung keine Medizin bekommt, dass sie keine Ersatzteile und Industrieteile bekommt, die Studenten können nicht ausreisen und sogar die Rechtsanwälte sind vom internationalen Gerichtssystem abgeschnitten.“

„Assad kämpft gemeinsam mit seiner Bevölkerung gegen ausländische Truppen und Terrororganisationen“

Madelyn Hoffman, die Direktorin der Friedensaktion New Jersey, die seit 16 Jahren als Friedensaktivistin in Erscheinung tritt, erklärte: „Es ist kein Bürgerkrieg, der in Syrien stattfindet, und auch kein Krieg Assads gegen seine Bevölkerung. Es ist Präsident Assad, der gemeinsam mit seiner Bevölkerung als eine Einheit gegen ausländische Truppen und Terrororganisationen kämpft, die aus dem Ausland finanziert werden, gegen das syrische Volk! Diese Terrorgruppen wechseln ihre Namen beinahe täglich, um ihre Identität und ihre Geldgeber zu schützen. Hinter diesen Terrororganisationen stehen Saudi-Arabien, Katar, die Türkei, die USA und teilweise sogar Israel. Die gesamte Idee des Regimechanges ist nach internationalem Recht illegal. Die Amerikaner haben nicht das Recht, zu bestimmen, wer in Syrien die Führung innehat.“

„Unter Assad hatte jeder Syrer kostenlose Gesundheitsversorgung und Ausbildung bis zur Uni – das hätten auch die Menschen der Vereinigten Staaten gerne“

Hoffman fügte hinzu, dass Assad bis heute nicht gestürzt werden konnte, weil das syrische Volk hinter ihm stehe. Die syrische Regierung unter dem amtierenden Präsidenten ermögliche jedem Syrer kostenlose Gesundheitsversorgung sowie eine kostenfreie Ausbildung von der Grundschule bis zur Universität. Das sind Dinge, die auch die Menschen in den Vereinigten Staaten gerne hätten, so Hoffman – und die problemlos von jenem Geld finanziert werden könnten, das Washington in Regimewechsel, militärische Abenteuer und Nation Building in aller Welt investiere. Die Sanktionen treffen zudem nicht die Regierung, sondern die Bevölkerung. So sollte kein Land mit einem anderen umgehen

<https://deutsch.rt.com/kurzclips/41936-unabh%C3%A4ngige-us-delegation-kehrt-von/>

Erzbischof von Aleppo: „Wir haben fünf Jahre lang alle unter den Folgen der Terrorakte gelitten, und jetzt demonstrieren die Menschen auf den Plätzen, weil es endlich Hoffnung auf ein bisschen Frieden gibt.“ (Radio Vatikan)

http://de.radiovaticana.va/news/2016/12/14/bischof_aleppo_ist_wieder_eine_geinte_stadt/1278897

Broschüre

„Kriegstreiber am Werk“

Bestellung unter: oesolkom@gmx.at

Einzelpreis: 4,80 Euro exkl. Porto.

Ab 10 Stück: 3,- Euro/Stk. exkl. Porto

Konto: Empfänger: W. Leisch / ÖSK

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen. Bestellungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

**Wir wünschen
schöne Festtage und
alles Gute für 2017**

**Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team**

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder
per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267